Nr. 60. Donnerstag den 12. März 1908. 7. Jahrgang.

Sächsische Volkszeitung

Inserate werden die 6gespalt. Petitzeile od. deren Raum mit 15 ₰, Reklamen mit 50 ₰ die Zeile berechn., bei Wiederh. bedeut. Rabatt. Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Pillnitzer Straße 43. — Fernsprecher Nr. 1866.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit

Erscheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: Viertelj. 1 ℳ 80 ₰ (ohne Bestellgeld), für Oesterreich 5 K 68 h. Bei a. Postanstalten i. Zeitungspreisliste Nr. 6968. Einzelnummer 10 Pf. — Redaktions-Sprechstunde: 11—12 Uhr.

Nähr-Kakao
garantiert rein, leicht löslich, 1/4 Pfund 35 Pfennige, höchster Nährwert.
Gerling & Rockstroh, Dresden.
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.

Carl Anhäuser Königl. Hoflieferant König Johann Str.
Porzellan
Majolika
Terracotta
Kristall u. Metall

Ein Notschrei der katholischen Schulgemeinde in Chemnitz.

Unter den Vorlagen, die den jetzigen sächsischen Landtag beschäftigen, erregt ganz besonders die Aufmerksamkeit der Katholiken die geplante Neuregelung der Kirchen- und Schulanlagen. Auf das Wesen der Sache brauchen wir nicht einzugehen, da diese Frage bereits ausreichend erörtert worden ist. Was bisher von den Verhandlungen öffentlich bekannt geworden ist, läßt unser Hoffnungsbarometer nicht gerade sehr hoch steigen, trotzdem es allgemein als Härte anerkannt wird, daß Katholiken gesetzlich gezwungen werden, zu den evangelischen Kirchen- und Schulkassen beizusteuern. Wenn dieser Zustand „historisch" ist, so ist damit doch noch nicht bewiesen, daß er auch gerecht ist. Wir glauben auch, daß die Mehrheit der Protestanten selbst es als nicht besonders „nobel" empfindet, von der durchwegärmeren Minderheit finanzielle Beihilfe für den leistungsfähigeren Teil einzufordern.

Man hat — gleichsam zur Entschuldigung — auf Oesterreich hingewiesen, wo aus dem Staatssäckel zwar den Katholiken für ihre Kultusbedürfnisse Beihilfen gewährt würden, anderen Konfessionen aber nicht. Der dies gesagt hat, vergißt nur eins: Jene Staatszuschüsse werden aus dem sog. Religionsfonds gegeben, der aus dem Erlöse der vom Staate vor reichlich hundert Jahren eingezogenen und verkauften katholischen Kirchengüter gebildet worden ist. Also gibt man der katholischen Kirche nur einen kleinen Teil ihres Eigentums zurück. Welchen rechtlichen Anspruch auf diesen Fonds haben denn die Nichtkatholiken? Oder soll man in Oesterreich es vielleicht so machen wie anderswo, wo von den gewaltsam eingezogenen katholischen Kirchengütern Schulen gegründet wurden, von deren Besuch und Stipendiengenuß heute noch satzungsgemäß jeder katholische Schüler ausgeschlossen ist? Endlich könnten die Oesterreicher als Antwort auf ein Grundgesetz ihres Staates hinweisen, das da lautet: „Kein Untertan darf zu Leistungen für eine andere Konfession, als der er selbst angehört herangezogen werden." Als in der katholischen Stadt Wien die Gemeindevertwaltung einer meist von Arbeitern bewohnten Vorstadt zum unbedingt notwendigen Kirchenbau einen Beitrag schenken wollte, genügte der Einspruch eines einzigen Juden, um das Vorhaben zu verhindern. Und in Sachsen? Wie viele Stadtmagistrate gewähren neuen protestantischen Kirchengemeinden — doch wohl aus dem Vermögen der politischen Gemeinde, zu der auch Andersgläubige gehören — ein reiches Geschenk! Und sie tun Recht damit. Aber wie steht es denn dann, wenn in derselben Stadt die arme katholische Gemeinde zu einem Kirchen- oder Schulbau zu schreiten gezwungen ist? Und wenn wirklich Oesterreich so rückständig wäre, wie „man" behauptet hat, seit wann folgt man denn im protestantischen Sachsen dem bösen Beispiel eines so „rückständigen" katholischen Staates?

Wie hart die Katholiken unter den bestehenden sächsischen Steuerverhältnissen leiden, mag folgendes Musterbeispiel zeigen.

In Chemnitz bestand 1874 bei Einführung des neuen Schulgesetzes eine

kleine katholische Schule

mit zwei Lehrern. Wie das junge Deutsche Reich in jenen Tagen im Milliardensegen schwamm, so bezahlte man auch in Chemnitz herzlich wenig katholische Kirchen- und Schulanlagen, denn einige wohlhabende katholische Familien (von denen heute keine einzige mehr dort existiert) deckten größtenteils den Bedarf. Da wuchsen im „goldenen Frieden dem „sächsischen Manchester" die Schwingen; immer neue Industrien entstanden und die Fabrikherren mußten sich nach frischen Arbeitskräften umsehen. Und siehe, „das Gute liegt so nahe"! Das nachbarliche katholische Oesterreich besonders bot genügenden, ja reichlichen Ersatz. „Man" zog die

billigen katholischen Arbeiter

ins Land herein, und die Industrieherren (waren darunter wohl viele Katholiken?) erhielten die gesuchten Leute, und die katholische Schule — deren Kinder. So hatte jedes seinen Teil. Die katholische Schule füllte sich so rasch, daß man Ende der achtziger Jahre an einen großen Neubau denken mußte. Der Zuwachs kam so plötzlich, daß mitten im Schuljahre in der Unterklasse auf den viersitzigen Bänken überall sechs, ja auch sieben Kinder saßen und die einklassige Fortbildungsschule auf einmal gegen 120 Schüler zählte.

Inzwischen waren energische Leute in den Schulvorstand eingetreten, die die schwere Aufgabe übernahmen, der Gemeinde eine

Schule „ohne Geld"

zu bauen. Nun ging — genau wie zur selben Zeit im lieben Deutschen Reiche — ein Pumpen los, daß heute die Gemeinde stöhnt unter der Last der Geldsummen, die sie — nicht hat. Unserer guten Stadt gediehen die günstigen Jahre so zur Leibesfülle, daß ihr der Gurt zu eng wurde. Um sich Luft zu schaffen, fing sie an, fest „einzubezirken". Da durfte auch die katholische Gemeinde nicht leer ausgehen; sie erhielt bei der christlichen Teilung wieder — die Kinder. Und es waren ihrer so viele, daß wir binnen 14 Jahren eine

zweite katholische Schule

entstehen sahen, und diese füllt sich heute schon wieder recht hübsch, so daß — — doch halt! Wozu an die Wand malen, was noch zeitig genug kommen wird. Der Schulvorstand aber sagte beim Bau der zweiten Schule zum Architekten: Gib der neuen Schule auch ein hübsches Gesicht, damit die Gemeinde dies Sorgenkind wenigstens ein klein bißchen lieb gewinnt, und damit auch die vielen armen Kinder, die diese Schule besuchen werden, wenigstens ein paar Stunden im Tage in freundlichen Räumen weilen können! Der tat es auch; aber weil die Architekten gern Scherz lieben, so hat er außen am Treppenhause in Köpfen die süßen und die sauren Mienen verewigt, die wir allemal ziehen, wenn wir einerseits die fröhlichen Kinderscharen erblicken, und andererseits daran denken, was sie uns kosten.

Nun wollen wir einmal die

finanzielle Schattenseite

dieses „Fortschrittes" genau ins Auge fassen. Dazu mögen folgende Proben aus dem Haushalte dienen:

	1883	1887
Einnahme	8745,21 ℳ	17 539,36 ℳ
Ausgabe	6145,19 „	12 822,12 „
Vermögen	4448,02 „	12 915,24 „
Schulden	—	—
Besoldungen	4675,00 „	5564,17 „

1895 (nach dem Bau der 1. k. Schule)		1906 (nach dem Bau der 2. k. Schule)	
Einnahme	36 633,86 ℳ	Einnahme	77 985,52 ℳ
Ausgabe	31 949,51 „	Ausgabe	89 279,37 „*)
Schulden	206 392,81 „	Schulden	565 924 64 „
Reinvermögen	48 683,29 „	Reinvermögen	55 981,48 „
Besoldungen	17 507,50 „	Besoldungen	49 863,50 „

In diesem sprungweisen riesigen Anschwellen der einzelnen Ausgabeposten liegt das Unhaltbare der jetzigen Zustände, denn die Deckungsmittel wachsen durchaus nicht im gleichen Verhältnisse. Das lehren folgende Ausführungen:

Innerhalb 14 Jahren mußte die Gemeinde zwei neue Schulen bauen. Die eine kostete 235 624 Mark, die andere 300 203 Mark; die innere Einrichtung erforderte noch zirka 42 000 Mark. (Der Sitz für ein Kind kostet reichlich 28 Mark, und über 1200 Kinder wollen Platz nehmen!) Diese Summen mußten natürlich durch Anleihen beschafft werden, die (1906) mit Tilgungsquote 23 683,10 Mark Zinsen verschlangen, dazu kommen für Besoldungen 49 863,50 Mark (heute schon weit über 50 000 Mark), kurz im ganzen eine Ausgabe von 89 279,37 Mark.

Wie nun solche Summen decken? Durch

Schulanlagen

natürlich. Ja, nun kommt das große Aber! Da nimmt nun der Senior und Vertrauensmann des Schulvorstandes die vom Stadtrate hergestellte Steuerliste, setzt sich hin, rechnet und rechnet wieder und versucht zum 23. Male die Lösung der uralten Aufgabe, ein Faß mit durchlöchertem Boden zu füllen. Auf grund des von der Königlichen Bezirksschulinspektion und dem hohen Königlichen Ministerium eingehend und doppelt geprüften Voranschlages (für das Jahr 1906 Bedarf rund 87 000 Mark) berechnet er die zu erhebende Steuerquote, und als alter Praktikus nimmt er lieber den Mund etwas voll und erklärt: Wir müssen 75 Prozent des staatlichen Einkommensteuersatzes erheben und würden danach rund 100 000 Mark einnehmen. Er wird aber überstimmt und man setzt in Rücksicht auf die Steuerzahler nur 70 Prozent fest. Danach müßte sich die Kasse mit zirka 93 000 Mark füllen, und das würde recht hübsch ausreichen, dem galoppierend schwindsüchtigen Betriebsfonds etwas Lebenselixier zuzuführen. Dreiviertel Jahre später legt der Kassierer Rechnung ab, ehe sie der Schulbehörde zur Prüfung überreicht wird.

Eingegangen sind durch das Steueramt an Schulanlagen im Jahre 1906 Summa Summarum

52 729,31 Mark statt 93 345,39 Mark!!

Verschämt erklären 6507,39 Mark Reste, daß sie gern bereit sein werden, „wenn bessere Tage kommen", der lieben katholischen Schulkasse sich zur Verfügung zu stellen, während frech lachend 34 108,69 Mark Wegfälle sich auf Nimmerwiedersehen empfehlen. Gleichzeitig präsentiert das Steueramt eine Rechnung von 3678,76 Mark für Einnahmegebühren. Darunter sind zur ganz besonderen Freude des Schulvorstandes zirka 850 Mark Kosten für erfolglose Pfändungen.

*) Somit ein Fehlbetrag von 11 293,85 ℳ, der von dem Betriebsfonds in der Höhe von 30 000 ℳ genommen werden mußte.

NB. Unter Reinvermögen verstehen wir die Bewertung der Schulgrundstücke, des Inventars usw. nach Abzug der Schulden.

Diese gewaltige Differenz zwischen Soll und Haben helfen etwas mildern die Staatsbeiträge und eine vom hohen Ministerium durch besondere Befürwortung der Königlichen Bezirksschulinspektion bittweise erlangte Extrabeihilfe. Trotzdem bleibt ein Fehlbetrag von zirka 11 000 Mark, der die Rechnung aufs nächste Jahr schwer belastet und zu einer Erhöhung der Anlagen zwingt. Daß Wegfälle von Steuern eintreten, wird überall vorkommen, aber daß sie eine solche Höhe erreichen — (1907 gar 37 323,44 Mark!!) — das ist ungesund und macht die Aufstellung eines Haushaltplanes auch dem erfahrensten und vorsichtigsten Schulvorstande fast unmöglich. Mit welchen Schwierigkeiten würden erst unerfahrene Männer zu kämpfen haben! Unter solchen Umständen kann man mit Sicherheit den Zeitpunkt berechnen, an dem die Schulgemeinde erklären muß: Wir können nicht mehr!

Was durch die Ungunst der bestehenden Verhältnisse aus einem

vorsichtig aufgestellten Haushaltplane

für ein Zerrbild werden kann, zeigt folgende Aufstellung:

1906. Einnahme.

Extrabeihilfe des Königl. Ministeriums	6 000,00 ℳ
Anteil an den Grundsteuern	1 935,78 „
Staatsbeihilfe zum Diensteinkommen der Lehrer	5 400,00 „
Staatsbeihilfe zu den Alterszulagen	2 716 67 „
Zinsen	494,80 „
Miete	2 600,00 „
Schulgeld	4 938,48 „
Strafgelder	204,50 „
Wirklich eingegangene Schulanlagen	52 729,31 „
Insgemein	966 08 „
Summa	77 985,52 ℳ

1906. Ausgabe.

Schuldzinsen	19 252,22 ℳ
Tilgung der Anleihen	4 480 88 „
Besoldungen	49 863,50 „
Bau- und Reparaturkosten	2 705,46 „
Lehrmittel und Inventar	725,95 „
Verwaltungsaufwand	2 935,80 „
(Expedient 1050 ℳ, Kassierer 750 ℳ, Expeditionsaufwand für den Vorsitzenden 150 ℳ, für die Schuldirektionen 100 ℳ rc.)	
Staats- und Gemeindeabgaben	408,85 „
Heizung, Beleuchung, Reinigung	4 968 72 „
Wasserzins	174 08 „
1/3 Jahr Fortbildungsschule	160 92 „
Außerordentliche Ausgaben	1 477,43 „
(Druckkosten, Tinte, Versicherungsbeiträge, Bücher für arme Kinder, Lehrer- und Schülerbibliothek, Umzugskosten für Lehrer rc.)	
Ankauf von Wertpapieren	2 147,46 „
(aus dem Ertrag der Grundsteueranteile zur Bildung eines Reservefonds für unvorhergesehene Fälle, bezw. zum Ankauf eines dritten Schulgrundstückes.)	
Summa	89 279,37 ℳ

Daraus ergibt sich also, daß die Einnahmen um 11 293,85 Mark niedriger sind als die Ausgaben. Dieser Fehlbetrag schwächt von neuem den Betriebsfonds und führt unbedingt zu einer weiteren Erhöhung der Steuern. Trotz aller ungünstigen Verhältnisse hat der Schulvorstand eine planmäßige Tilgung der Anleihen eingehalten und bis Ende 1907 in Summa 42 260,77 Mark seiner Schulden getilgt.

Welche

Folgen

aus unseren trostlosen Steuerverhältnissen erwachsen, sei nur kurz angedeutet. In der Gemeinde herrscht Erbitterung über die hohen Kirchen- und Schulsteuern, und sie macht sich Luft durch Angriffe gegen den Schulvorstand, der dadurch den letzten Rest von Lust verliert, für die „dankbare" Gemeinde die Haut zu Markte zu tragen.

Die tiefe Mißstimmung über unsere Steuerverhältnisse äußert sich aber noch mehr durch zahlreiche Austritte aus der katholischen Kirche. Leider sind darunter gerade sehr gute Steuerzahler zu finden. Wenn man auf den Pfarrämtern die Austretenden nach der Ursache fragt, so wird man zumeist (neben Heiratsgeschichten) die hohen katholischen Steuern als Austrittsgrund nennen hören. Sind das gute gesunde Zustände in einem Lande, wenn ein Teil der Bevölkerung, um sich vor unerträglichem Steuerdrucke zu retten, in eine andere Kirchengemeinschaft flüchten zu müssen glaubt?

Worin liegen aber die

Ursachen

zu diesen für die Katholiken so traurigen Steuerverhältnissen? Da wirken verschiedene mißliche Umstände zusammen, gegen die der Schulvorstand seit Jahren, so viel er nur kann, ankämpft. Kleine Erfolge hat er ja errungen, aber vieles harrt noch einer glücklichen Lösung. Wir wollen nur auf einiges hinweisen:

Die katholische Steuerliste wird gegen Ende des Jahres vom Stadtrate aufgestellt und enthält die zur Zeit hier wohnenden Katholiken — soweit sie sich als solche angegeben haben! — samt ihrem staatlichen Einkommensteuersatze. Diese Liste geht zuerst an das Ministerium, das sie bei Berechnung der katholischen Kirchenanlagen zu Grunde legt, und kommt endlich im Mai in die Hände des Schulvorstandes, dem sie nun, wie schon vorhin geschildert wurde, zur Berechnung der katholischen Schulanlagen dient. Und nun zeigt sich gleich der erste arge Uebelstand. Die Liste enthält eine große Anzahl von Leuten, die inzwischen längst der Stadt den Rücken gekehrt haben. Darum ist der Voranschlag des Schulvorstandes von vornherein unzuverlässig. Dieses Mißverhältnis wächst aber noch mehr durch die späten Steuertermine. Am 15. Juli ist der erste Teil

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id494508531-19080312/1